

# Amherd möchte die zivile Cybersicherheit ins Verteidigungsdepartement holen

In den nächsten Monaten entscheidet der Bundesrat, wo das neue Bundesamt angesiedelt wird

LUKAS MÄDER

Bundesrätin Viola Amherd hat nie verhehlt, dass sie der Cyberabwehr höchste Priorität einräumt. Bereits in den ersten Monaten nach ihrem Amtsantritt Anfang 2019 hatte die Verteidigungsministerin mehrmals vor den Bedrohungen im Cyberraum gewarnt. Dabei sollte auch die Armee eine wichtige Rolle spielen – gar im umstrittenen Bereich, wenn es um den Schutz von privaten Unternehmen geht.

Es erstaunt deshalb nicht, dass Amherd die Ambition hat, das neue Bundesamt für die zivile Cybersicherheit in ihr Verteidigungsdepartement (VBS) zu holen. Heute ist das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) im Generalsekretariat des Finanzdepartements angesiedelt – als Folge eines administrativen Kniffs, der 2019 den Aufbau des neuen Kompetenzzentrums beschleunigen sollte. Im Mai hat der Bundesrat nun beschlossen, aus dem NCSC ein eigenständiges Bundesamt zu bilden. Der Bund schaffe damit klare Zuständigkeiten und zeige den Willen, die Cybersicherheit voranzutreiben, heisst es im Aussprachepapier. Dieser Schritt stösst rundum auf Zustimmung.

Höchst umstritten jedoch ist die Frage, in welchem Departement das neue Bundesamt dereinst angesiedelt wird. Diese Frage hat der Bundesrat noch offengelassen. Er will bis Ende Jahr darüber entscheiden, ob die zivile Cybersicherheit wie bis anhin im Finanzdepartement bleibt oder in ein anderes Departement verschoben werden soll.

## Das Argument der Synergien

Das VBS argumentiert mit Synergien, die für eine Verschiebung sprächen. In der sogenannten Ämterkonsultation vor dem Bundesratsbeschluss im Mai, welche die NZZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte, schreibt das VBS: Das neue Bundesamt solle «dort angesiedelt werden, wo bereits die meisten Kompetenzen im Bereich Cyber vorhanden sind». Damit ist offensichtlich das VBS gemeint, beschäftigen sich doch in der Armee und im Nachrichtendienst bereits heute zahlreiche Personen mit der Cyberabwehr.



Für Verteidigungsministerin Amherd, im Bild mit dem Armeechef Süssli, hat die Cyberabwehr höchste Priorität. ANTHONY ANEX / KEYSTONE

Doch was in der Diskussion oft vergessen wird: Das VBS ist keineswegs das einzige Departement, bei dem sich Gründe finden lassen, um die zivile Cybersicherheit dort anzusiedeln. Gute Argumente dafür gibt bei fast allen Departementen – was bei einem Querschnittsthema wie Cybersicherheit nicht erstaunt.

Mindestens so viele Gründe wie für das VBS sprechen auch für das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Denn heute ist die Cyberabwehr in der Bundesverwaltung in drei Bereiche eingeteilt: Die zivile Cybersicherheit, bei der es stark um Prävention geht, ist mit dem NCSC im Finanzdepartement, die militärische Cyberverteidigung ist im VBS und die Cyberstrafverfolgung im EJPD. Da die meisten Angriffe ziviler Natur sind, könnte das Bundesamt für Cybersicherheit auch von der Nähe zur Strafverfolgung profitieren.

Die Hauptaufgabe des NCSC ist heute, den Schutz der gesamten Schweiz vor Cyberbedrohungen – die sogenannte Resilienz – zu verbessern. Dazu gehören unter anderem die internationale Zusammenarbeit und die nationale Koordination zum Beispiel mit der Forschung und der Wirtschaft. Diese Bereiche sind im Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) angesiedelt. Ein Bundesamt für zivile Cybersicherheit im WBF könnte von dieser Nähe zu Wissenschaft und Wirtschaft profitieren.

Ähnlich sieht die Situation im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation aus. Der Schutz der kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung, Mobilfunkverbindungen oder Eisenbahnnetze gehört zu den wichtigsten Aufgaben des heutigen NCSC. In Zukunft wird es dazu auch verbindliche Vorschriften geben. Die Nähe zu den Bun-

desämtern, die bereits heute diese wichtigen Infrastrukturen regulieren, könnte für die Cybersicherheit ein Gewinn sein.

Auch ein Verbleib im Finanzdepartement hat Vorteile: Im gleichen Departement befindet sich auch das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation als interner IT-Dienstleister. Zudem ist der Finanzsektor eine der wichtigsten Branchen der Schweiz, die schon früh ausgeklügelten Cyberangriffen ausgesetzt war. Einzig beim Innendepartement und beim Aussendepartement gibt es weniger stichhaltige Gründe, die für eine Ansiedlung des Themas Cybersicherheit sprechen.

## Kritische Nähe zur Armee

Während sich für die meisten Departemente Argumente finden lassen, warum die zivile Cybersicherheit dort gut auf-

gehoben wäre, gibt es ausgerechnet beim VBS einige gewichtige Gründe, die dagegen sprechen. Armee und Nachrichtendienst führen auch offensive Cyberoperationen durch, müssen also in fremde Computer eindringen können. Das kann zu Konflikten bei der Cybersicherheit führen, wenn dafür Sicherheitslücken benutzt werden.

Die Nähe zu Armee und Nachrichtendienst wird auch bei IT-Sicherheits-Experten kritisch gesehen. Man teilt Informationen über Sicherheitslücken nicht gerne mit jenen Stellen, die dieses Wissen für Angriffe verwenden könnten. Auch die Betreiberfirmen von kritischen Infrastrukturen, so eine Befürchtung, haben möglicherweise nicht gerne Sicherheitsbehörden im Haus. Zudem gilt in Cybersicherheitskreisen das Gebot, Informationen über Angreifer mög-

Man teilt Informationen über Sicherheitslücken nicht gerne mit jenen Stellen, die dieses Wissen für Angriffe verwenden könnten.

lichst rasch und offen zu teilen. Es gibt Zweifel, dass diese Offenheit im VBS weiter gepflegt werden könnte.

Besonders auffällig ist, dass diese kritischen Einwände gegen eine Neuorganisation im VBS nicht nur von externen IT-Fachleuten kommen. Auch im heutigen Zentrum für Cybersicherheit selbst, aus dem dereinst das Bundesamt geschaffen wird, gibt es ablehnende Stimmen. In diesem Kompetenzzentrum arbeiten mehrere langjährige, hochqualifizierte und gut vernetzte Personen. Denn die Schweiz hat bereits 2004, vor 18 Jahren, mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherung eine Organisation für die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den kritischen Infrastrukturen geschaffen. Es ist zu befürchten, dass ein Wechsel ins VBS dieses etablierte Schweizer Kompetenzzentrum kräftig durchschütteln würde.

# Die SBB prüfen reduzierten Fahrplan für Strommangellage

Wegen Corona schränkte die Bahn 2020 ihr Angebot stark ein – nun bereitet sie sich auf die nächste Krise vor

TOBIAS GAFAFER

Die Anpassung des Fahrplans war einschneidend – und erfolgte innert weniger Tage. Im März 2020 reduzierten die SBB und die anderen Transportunternehmen ihr Angebot schrittweise stark. Die Branche reagierte damit auf die verschärften Massnahmen des Bundesrats wegen der Corona-Pandemie. Im Fernverkehr führen die Züge nur noch im Stunden- statt im Halbstundentakt. Im Regional- und S-Bahn-Verkehr galt ebenfalls ein eingeschränktes Angebot: Auf den Strecken, wo der Viertelstundentakt galt, verkehrte noch jede halbe Stunde ein Zug; wo der Halbstundentakt galt, noch jede Stunde.

Manch ein Passagier dürfte die Zeit bereits vergessen haben, als Geisterzüge durch die Schweiz fuhren – und das Zugpersonal die Billette nicht mehr kontrollierte. Doch mit der nächsten drohenden Krise wird auch ein reduzierter Fahrplan wieder zu einem Thema. Im Hinblick auf eine Strommangellage im kommenden Winter entwickeln die SBB mit dem Bund und der Branche Not-

fallkonzepte für den Personen- und den Güterverkehr. Die Behörden haben die Grossverbraucher aufgefordert, sich auf einen Engpass vorzubereiten.

## Temperaturen anpassen

Wie ein solches Szenario aussehen könnte, schilderte unlängst der Verband der verladenden Wirtschaft (VAP) in einem Blog-Beitrag. In ihm sind wichtige Bahnkunden wie Coop und Holcim sowie Logistiker wie Planzer und Bärttschi zusammengeschlossen. Der Personenverkehr orientiere sich an den reduzierten Fahrplänen, die er bereits im Pandemiejahr 2020 erarbeitet und realisiert habe, schreibt der VAP. Dies solle im Krisenfall den Energieverbrauch drosseln. Im Güterverkehr würden mit der Logistikbranche bis Ende Jahr mögliche Szenarien entwickelt. Die Bahn ist für die Landesversorgung systemrelevant.

Die SBB äussern sich zum Thema nur zurückhaltend. Sie betonen auf Anfrage, sie hätten noch keine Entscheide getroffen und auch keine Szenarien beschlossen. Gegenwärtig überprüfen die SBB

aber alle Möglichkeiten, sagt die Sprecherin Jeannine Egi – von einem reduzierten Fahrplan über angepasste Temperaturen in den Zügen bis zu den Leuchtreklamen.

Die SBB sind im Bahnverkehr die sogenannte Systemführerin. Sie treffen im Krisenfall in Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr Massnahmen, die für die ganze Branche gelten. Der Bund bestellt mit den Kantonen den Regionalverkehr. Im Fernverkehr erteilt er den SBB jeweils für mehrere Jahre eine Konzession und legt Grundsätze fest.

## Eigene Wasserkraftwerke

Um sich auf eine Strommangellage vorzubereiten, haben die Bundesbahnen gemäss dem «Blick» eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die aus rund zehn Personen besteht. Sie beschäftigen sich intensiv mit der Energielage und berichte regelmässig an die Konzernleitung, sagt Jeannine Egi. Zudem stelle die Arbeitsgruppe die Abstimmung mit dem Bund sicher.

Die SBB beziehen ihren Bahnstrom zu 90 Prozent aus der Wasserkraft. Sie

besitzen mehrere eigene Kraftwerke, unter anderem in Amsteg, Ritom und Vernayaz, sind aber auch am Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance beteiligt. Zudem haben die Bundesbahnen Bezugsverträge mit Partnerwerken. Trotz der eigenen Produktion hätte eine Strommangellage für den hochtechnisierten Bahnbetrieb Folgen. Neben dem Bahnstrom benötigen die SBB auch Haushaltsstrom für die Bahntechnik – etwa für Signale oder Stellwerke –, der eine andere Spannung hat. Letztlich komme es auch darauf an, welche Prioritäten der Bund setze, so Egi.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz betrachtet eine schwere Strommangellage als grösstes Risiko für die Schweiz, noch vor einer Influenzapandemie oder dem Ausfall des Mobilfunks. Es geht um eine länger anhaltende Unterversorgung mit Strom während des Winters. In der kalten Jahreszeit ist die Schweiz auf Importe aus den Nachbarländern angewiesen. Das Risiko ist jedoch gross, dass diese Länder selber nicht genug Strom produzieren, um exportieren zu können.

# Uri sperrt Spur am Gotthard

Entlastung für Dörfer angestrebt

kca. · Wegen des zu den Osterfeiertagen und während der Sommerferien hohen Verkehrsaufkommens versuchen jeweils viele Transitreisende dem auftretenden Stau auf der Autobahn A2 über das Urner Kantons- und Gemeindestrassennetz auszuweichen, um so schneller in den Süden zu gelangen. Insbesondere die Kantonsstrasse durch den Kanton Uri wird durch dieses Verhalten der Verkehrsteilnehmer stark belastet. Deshalb kommt es regelmässig zu stockendem Verkehr zwischen Erstfeld und Göschenen.

Um den Verkehrsfluss auf dieser Strecke möglichst fliessend zu halten, will der Kanton einen Pilotversuch starten und dabei die Autobahneinfahrt Wassen in Fahrtrichtung Süden ab einer Staulänge von mehr als fünf Kilometern in Zukunft sperren. Der Pilotversuch soll an diesem Freitag starten. Ziel ist es laut der Urner Polizei, den Ausweichverkehr über das Kantons- und Gemeindestrassennetz zu vermindern, wodurch die Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung reduziert werden sollen. Der Pilotversuch soll während mehreren Wochen umgesetzt und ausgewertet werden.